

# Stenographisches Protokoll.

## 13. Sitzung der II. Session der VI. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Donnerstag, den 16. Februar 1956.

### Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Sassmann (Seite 259).
2. Abwesenheitsanzeige (Seite 259).
3. Mitteilung des Einlaufes (Seite 259).
4. Verhandlung:

Antrag des Kommunalausschusses, betreffend Stadtgemeinde Wiener Neustadt, Bericht des Rechnungshofes über die Gebarungüberprüfung 1953 und 1954. Berichterstatter Frau Abg. Czerny (Seite 259); Redner: Abg. Pospischil (Seite 260); Abstimmung (Seite 262).

Antrag des Finanzausschusses, betreffend nö. Landesanleihe 1956. Berichterstatter Abg. Scherrer (Seite 262); Redner: Landesrat Müllner (Seite 263), Abg. Dubovsky (Seite 264), Abg. Wondrak (Seite 266), Abg. Wenger (Seite 270), Abg. Lauscher (Seite 271), Landesrat Müllner (Seite 273); Abstimmung (Seite 275).

PRÄSIDENT SASSMANN (*um 14 Uhr 3 Minuten*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Um Urlaub in der Dauer von drei Monaten hat Frau Abg. Körner mit Schreiben vom 9. Februar 1956 angesucht. Ich bringe dies dem Hohen Hause zur Kenntnis und ersuche um die Zustimmung zur Urlaubserteilung. (*Nach einer Pause.*) Keine Einwendung.

Wie bereits angekündigt, stelle ich die Zahl 230, betreffend Niederösterreichische Landesanleihe 1956, welche in der Sitzung des Finanzausschusses am 14. Februar 1956 verabschiedet wurde, noch auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung. (*Nach einer Pause.*) Keine Einwendung. Der Antrag liegt auf den Plätzen der Herren Abgeordneten auf, ebenso das stenographische Protokoll der 23. (Schluß)-Sitzung der I. Session der VI. Wahlperiode vom 14. Juli 1955 und das stenographische Protokoll der Festsitzung des Landtages vom 12. Dezember 1955.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (*liest*):

Ersuchen des Magistrats Wiener Neustadt vom 7. Februar 1956 um Aufhebung der Immunität des Landtagsabgeordneten Hermann Laferl wegen Verdachtes der Übertretung der niederösterreichischen Bauordnung.

PRÄSIDENT SASSMANN (*Nach Zuweisung des Einlaufes an den zuständigen Ausschuß*): Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung.

Ich ersuche die Frau Abg. Czerny, die Verhandlung zur Zahl 214 einzuleiten.

Berichterstatterin ABG. CZERNY: Hoher Landtag! Ich habe namens des Kommunalausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend Stadtgemeinde Wiener Neustadt, Bericht des Rechnungshofes über die Gebarungüberprüfung 1953 und 1954, berichten.

Der Rechnungshof hat in der Zeit vom 5. bis 25. Juni 1955 die Gebarung der Stadtgemeinde Wiener Neustadt in den Jahren 1953 und 1954 einer Prüfung unterzogen.

Der Ihnen vorliegende Bericht, der 54 Seiten umfaßt, gliedert sich in fünf Abteilungen. Im Bericht A wird über die Hoheitsverwaltung Bericht erstattet und festgestellt, daß der Rechnungsab-schluß für das Jahr 1953 ausgeglichen erscheint, hingegen für das Jahr 1954 einen Abgang von 636.523 S aufweisen würde, wenn nicht 700.000 S aus der Ausgleichsrücklage für die Abdeckung des Abganges verwendet worden wären. Die Minder-einnahmen haben sich hauptsächlich aus einem Rückgang der Gewerbesteuer ergeben.

Der Personalaufwand entspricht nach dem Rechnungshofbericht jenem anderer Städte. Der Dienstpostenplan wurde in beiden Jahren entsprechend dem Voranschläge eingehalten. Aus dem Bericht ist auch zu entnehmen, daß im Jahre 1954 ein Warmbad und eine Kehrrichtabfuhr eingerichtet wurden, daß weiters das Sportstadion ins Leben gerufen, ferner ein Industriekanal gebaut und schließlich ein Föhrenwald angekauft wurde.

Die Schulden der Gemeinde Wiener Neustadt haben mit Ende des Jahres 1954 die Höhe von rund 30 Millionen Schilling betragen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich fast 21 Millionen Schilling auf gering verzinsliche Darlehen beschränken, die für den Wiederaufbau verwendet wurden.

Auf Seite 15 des Berichtes können Sie die Wert-papiere und Beteiligungen der Gemeinde ersehen, die einschließlich der NEWAG-Aktien einen Gesamt nominalwert von 10 Millionen Schilling darstellen.

Das Vermögen der Gemeinde Wiener Neustadt ist auf Seite 16 des Berichtes festzustellen, und es ist daraus zu entnehmen, daß die Gemeinde Wiener Neustadt Besitzerin von fast 180 Wohngebäuden, von vielen Wäldern, Grundstücken, Bädern und Schulen ist und daß diese Vermögensbestände nach dem Bericht des Obersten Rechnungshofes ordnungsgemäß und richtig verwaltet wurden.

Der Bericht, der sich mit dem Krankenhaus beschäftigt, ist auf den Seiten 28 und 29 enthalten. Es ist daraus zu ersehen, daß der Abgang im Jahre 1953 des allgemeinen öffentlichen Krankenhauses 1,805.000 S, im Jahre 1954 2,301.000 S betragen hat.

Die Gebarung der städtischen Betriebe ist auf Seite 32 zu finden. Sie wurde ebenfalls kontrolliert und schließt im großen und ganzen mit einem geringen Verlust ab. Die Stadtwerke, die die Gemeinde Wiener Neustadt zu verwalten hat, zeigen bei den Kraftwerken derzeit noch einen Überschuß, beim Gaswerk einen kleinen Verlust, beim Wasserwerk einen Gewinn und bei der Leichenbestattung und Plakatierung sowie beim Gutshof ebenfalls einen Gewinn.

Aus dem Bericht ist auch zu entnehmen, daß der Kraftwagenpark eine Erneuerung erfahren mußte.

Im Bericht wird auch eine Übersicht über die Bürgerspitalsfonds-Stiftung gegeben.

Im gesamten stellt der Rechnungshofbericht fest, daß die Gemeinde sehr gut gewirtschaftet hat, soweit das unter den derzeitigen Verhältnissen möglich ist.

Der Rechnungshof hat der Gemeinde auch verschiedene Anregungen gegeben, denen zum Teil bereits Rechnung getragen wurde. Die Gemeinde selbst hat in einem zehnteiligen Bericht an den Rechnungshof zu allen diesen Fragen ausführlich Stellung genommen.

Namens des Kommunalausschusses erlaube ich mir daher, Ihnen folgenden Antrag zu unterbreiten (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes vom 20. August 1955, Zl. 4000-4/55, über die Ergebnisse der im Jahre 1955 vorgenommenen Überprüfung der Gebarung der Stadtgemeinde Wiener Neustadt für die Jahre 1953 und 1954 wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abg. Pospischil.

ABG. POSPISCHIL: Hoher Landtag! Wir haben soeben den Antrag des Berichterstatters ge-

hört, die Ergebnisse der Überprüfung der Gebarung der Stadtgemeinde Wiener Neustadt in den Jahren 1953 und 1954 durch den Rechnungshof zur Kenntnis zu nehmen. Soweit sich dieser Bericht mit der ziffernmäßigen Überprüfung durch den Rechnungshof, mit den Buchungen und den dazugehörigen ordnungsmäßigen Belegen beschäftigt, haben auch wir keinen Einwand gegen die Annahme dieses Berichtes zu erheben.

Es gibt jedoch sehr ernste Erwägungen, wenn man die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung der Stadtgemeinde Wiener Neustadt, wie sie auch dem vorliegenden Bericht des Rechnungshofes entnommen werden kann, einer kritischen Beurteilung unterzieht. Ich bin gerade in Zusammenhang damit der Ansicht, daß das sachliche Ziffernmaterial, das uns im Bericht des Rechnungshofes vorliegt, Grund genug sein muß, um die kritische Beurteilung der Entwicklung der zweitgrößten Gemeinde Niederösterreichs an Hand dieses Materials durchzuführen, eine Beurteilung, die unserer Meinung nach den Landtag veranlassen müßte, Stellung dazu zu nehmen und Schlußfolgerungen daraus zu ziehen, zumal es ja eine ähnliche Situation in vielen anderen niederösterreichischen Gemeinden gibt.

Beim Lesen des Berichtes, der uns zur Annahme vorliegt, fällt zunächst besonders auf der Seite 8 des Berichtes die Feststellung auf, daß der Gebarungsumfang des außerordentlichen Budgets der Stadtgemeinde Wiener Neustadt im Berichtsjahr 1954 im Vergleich zum vorangegangenen Jahr 1953 unverändert geblieben ist. Daraus kann man nur den Schluß ziehen, daß die Stadtgemeinde Wiener Neustadt im Jahr 1954 nicht mehr in der Lage war, ihre Bemühungen um den Wiederaufbau der Stadt zu intensivieren und in einer Weise fortzusetzen, wie es gerade für die Stadt Wiener Neustadt erforderlich gewesen wäre.

Der Bericht des Rechnungshofes stellt auf der Seite 12 unter anderem auch fest — und das hat auch die Frau Berichterstatterin erwähnt —, daß sich die Verschuldung der Stadtgemeinde Wiener Neustadt innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren von 3 Millionen Schilling auf die ansehnliche Summe von 30 Millionen Schilling erhöht, also verzehnfacht hat. Nicht weniger als 27 Prozent dieses Schuldenbetrages — es sind das 8,1 Millionen Schilling — müssen von der Gemeinde voll verzinst werden. Wenn der Rechnungshof sodann auf Seite 14 des vorliegenden Berichtes zu der Feststellung kommt, daß auf Grund des bisherigen Schuldenstandes und des Zinsen- und Tilgungsdienstes, den die Gemeinde Wiener Neustadt zu leisten hat, eine weitere Aufnahme voll verzinslicher Darlehen durch die Gemeinde nur mit größter Vorsicht erfolgen soll, so zeigt uns das — und das ist, glaube ich, unbestritten —, daß eine weitere Aufnahme voll ver-

zinslicher Darlehen nur mit größter Erschütterung der gesamten finanziellen Lage der Gemeinde Wiener Neustadt getragen werden könnte und daß es also höchst wichtig wäre, gerade der Gemeinde Wiener Neustadt Finanzmittel zu niedrigstem Zinsfuß zur Verfügung zu stellen. Statt dessen macht der Rechnungshof auf Seite 53 — in seinen Schlußbemerkungen zu den Überprüfungsergebnissen — über die Gebarung der Gemeinde Feststellungen, die, glaube ich, von uns nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Er kommt nämlich zu der Ansicht, daß die Gemeinde die vom Bund in den Nachkriegsjahren erhaltenen Mittel zur Wiederinstandsetzung der kommunalen Einrichtungen zurückzahlen hat. Der Rechnungshof spricht also — er erwähnt zwar, daß er der Entwicklung nicht vorgreifen will, aber es ist seine Ansicht — von einer Rückzahlung von Mitteln durch die Gemeinde Wiener Neustadt an den Bund. Wir sind da freilich einer anderen Ansicht als der, die der Rechnungshof hier zum Ausdruck bringt. Ich habe diese Meinung schon bei der Behandlung des Rechnungshofberichtes über die Gebarung der Stadtgemeinde Wiener Neustadt in den vorausgegangenen zwei Jahren, also 1951 und 1952 — dieser Bericht wurde am 1. Juli 1954 hier im Landtag zur Debatte gestellt — zum Ausdruck gebracht und darauf hingewiesen, daß die Gemeinde Wiener Neustadt zum Beispiel aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds bis März 1954 131 Millionen Schilling erhalten hat anstatt 365 Millionen Schilling, daß sie also bis März 1954 um 234 Millionen Schilling vom Bund zu wenig erhielt. Das, Hoher Landtag, war die Situation der Gemeinde Wiener Neustadt im März 1954.

Inzwischen sind aber fast zwei Jahre verstrichen, ein Zeitraum, der uns so beachtliche Ereignisse wie den Abschluß des Staatsvertrages und die Erklärung der Neutralität Österreichs gebracht hat. Das hätte selbstverständlich zu einem Ende der Benachteiligung Niederösterreichs und damit auch Wiener Neustadts führen müssen. Daß das nicht der Fall ist, zeigt gerade das Beispiel Wiener Neustadt. Wiener Neustadt hat nämlich bis dato aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds einen Betrag von 163 Millionen Schilling anstatt 475 Millionen Schilling erhalten, und zwar deshalb, weil Niederösterreich nach wie vor anstatt mit 25 Prozent nur mit 9 Prozent aus den Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds beteiligt wird. Dadurch ist der Schuldbetrag — und wir können in diesem Fall von nichts anderem als von einem Schuldbetrag des Bundes an Wiener Neustadt reden — von März 1954 in der Höhe von 234 Millionen Schilling auf 312 Millionen Schilling weiter angewachsen. Das macht verständlich, daß wir auch heute noch in Wiener Neustadt ein Wohnungselend antreffen, das Grund genug wäre, um endlich einmal wirksame Maß-

nahmen dagegen zu treffen. Von tausend Wohnungssuchenden in Wiener Neustadt zeigen 700 dringende Fälle, wie groß dieses Wohnungselend zur Zeit noch immer in Wiener Neustadt ist. Von 670 eingereichten Ansuchen um Darlehen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wurden bisher nur 450, also zwei Drittel bewilligt.

Wer also wem etwas schuldet, steht unserer Meinung nach eindeutig fest, wobei ich gar nicht davon reden will, daß es gerade der Herr Landeshauptmann Steinböck war, der vor kurzem den prozentmäßigen Anteil Niederösterreichs an den Gesamtkriegsschäden Österreichs höher als mit 25 Prozent bewertet hat, sodaß daraus gefolgert werden kann, daß die Schuld des Bundes auch an die Gemeinde Wiener Neustadt eine noch größere ist, als die, die ich soeben genannt habe. Hiezu kommt aber noch, daß der Bund in der letzten Zeit auch andere finanzielle Maßnahmen getroffen hat, die kaum dazu geeignet sein konnten, die schwierige finanzielle Lage der Stadt Wiener Neustadt zu verbessern. Nach wie vor hat Wiener Neustadt, eine Stadt, die noch größte Not leidet, ein Notopfer in der Höhe von 2 Millionen Schilling für die Jahre 1955 und 1956 zu leisten. Dazu kam im Jahre 1955 der Beitrag zum Familienlastenausgleich und 1956 die Auswirkungen des ASVG., die bekanntlich für alle Gemeinden Niederösterreichs rund 40 Millionen Schilling ausmachen werden. Ist es nicht ein Hohn auf die so oft publizierte Gerechtigkeit der Politik des Bundes gegenüber den untergeordneten Gebietskörperschaften, wenn man nun feststellen muß, daß zum Beispiel die Stadt Wiener Neustadt bisher 10 Millionen Schilling an Notopfern leisten mußte, obwohl sie die meistzerstörte Stadt Niederösterreichs ist. Die UNO-Statistik weist aus, daß unter den meistzerstörten Städten der Welt Wiener Neustadt an neunter Stelle steht.

Die finanzielle Lage Wiener Neustadts wird aber noch dadurch erschwert — der Rechnungshofbericht befaßt sich da ebenfalls damit —, daß wir alljährlich in Wiener Neustadt ein Ansteigen des Krankenhausdefizits festzustellen haben. Der Rechnungshofbericht stellt fest, daß das Krankenhausdefizit in Wiener Neustadt im Berichtsjahr 1954 bereits die respektable Höhe von 2,300.000 S erreicht hat, obwohl Wiener Neustadt die höchsten Verpflegskosten in ganz Niederösterreich, also von allen Spitälern Niederösterreichs, einhebt. Der Versuch des Rechnungshofes, die Schuld den Krankenkassen zuzuschieben, die angeblich Minderleistungen aufzuweisen hätten, wird ja im gleichen Atemzuge im vorliegenden Bericht als mißlungen hingestellt, da der beschrittene Rechtsweg gegen die Sozialversicherungsinstitute — wie der Rechnungshofbericht aussagt — ohne Erfolg blieb. Tatsache ist vielmehr, daß der Bund bisher noch immer nicht das Krankenanstaltengesetz

schuf und verwirklichte, wodurch auch die Stadtgemeinde Wiener Neustadt auf diesem Wege eine sehr beachtliche Verschlechterung seiner finanziellen Lage hinnehmen muß.

Diese finanzielle Lage der Stadtgemeinde Wiener Neustadt wird natürlich auch dadurch nicht verbessert, wenn man weiß, daß Wiener Neustadt bis jetzt an den Gemeindeausgleichsfonds rund 9 Millionen Schilling einbezahlt hat und aus den Bedarfszuweisungen nur 6 Millionen Schilling erhielt. Ich glaube, daß man mit Recht an diese Tatsache die Frage anknüpfen muß, wieso es kommt, daß gerade eine so schwer geprüfte Stadt wie Wiener Neustadt mehr einzahlen mußte, als sie erhielt. Hier möchte ich die Frage stellen, ob das nicht etwa auf die gute „kollegiale“ Zusammenarbeit in der Landesregierung zurückzuführen ist, die nach unserer Meinung angesichts der genannten Faktoren die maßgebliche Schuld an der schweren finanziellen Situation Wiener Neustadts — geringe Zuteilung der Mittel aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, Krankenhausdefizite, Notopfer und Bedarfszuweisungen — trägt. Es mutet buchstäblich aufreizend an, wenn der Rechnungshof — und zwar macht er das auf Seite 45 seines Berichtes — dann zu der Empfehlung an die Stadt Wiener Neustadt kommt, zur Verbesserung der finanziellen Situation die Gas tarife zu erhöhen. Das ist wieder ein typisches Beispiel für die Finanzpolitik unserer Regierung: Tariferhöhungen, Konsumentenpreiserhöhungen, die, wie niemand bestreiten wird, letztenendes zu einer Senkung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung führen werden. (*Abg. Hainisch: Siehe Gemeinde Wien!*) Wo bleibt aber die Realisierung der Versprechungen höchster und allerhöchster Stellen, am Aufbau Wiener Neustadts mitzuhelfen, damit neue Betriebsstätten eröffnet werden können. Die Gemeinde Wiener Neustadt hat bekanntlich dafür die eigenen Grundstücke angeboten und umsonst zur Verfügung gestellt. Ungeachtet bleibt auch die Tatsache, daß sich in Wiener Neustadt eine Facharbeiterschaft zur Verfügung gestellt hat, damit, wenn neue Betriebe errichtet werden, sie auch entsprechend eingesetzt werde. Wo bleibt die Verstaatlichungsindustrie für Wiener Neustadt, die schon immer den Wiener Neustädtern versprochen wurde?

Hoher Landtag! Wir müssen feststellen, daß die Gemeinde Wiener Neustadt 11 Jahre nach Kriegsende noch immer ein Notstandsgebiet ist. Nach unserer Meinung ist das eine sehr ernste Anklage gegen eine Regierung, die bisher nicht willens war, diesem Notstand ein rasches Ende zu bereiten. Tausend Wohnungssuchende und über 3500 Arbeitslose sprechen eine sehr deutliche Sprache, eine Sprache, die auch die Abgeordneten dieses Landtages veranlassen müßte, auf rasche-

stem Wege für Wiener Neustadt etwas zu unternehmen, damit es zumindest zu einer Wiedergutmachung jenes Schadens kommt, der in Niederösterreich und auch in Wiener Neustadt in den vergangenen 11 Jahren entstand und für den es nach unserer Meinung nach Abschluß des Staatsvertrages überhaupt keine Motivierung mehr geben kann. Es ist höchste Zeit, daß der Notruf Wiener Neustadts, wie dies auch aus dem Rechnungshofbericht zu entnehmen ist, endlich gehört wird, und zwar auch vom Landtag gehört wird, der seinen Einfluß geltend zu machen hat, damit endlich einmal Wiener Neustadt eine Hilfe erhält, die es sich verdient hat, nachdem es in den vergangenen Jahren mit eigenen Kräften alles unternommen hat, um wieder zu geordneten Verhältnissen zurückzufinden.

PRÄSIDENT SASSMANN: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Frau Bericht-erstatte rin hat das Schlußwort.

Bericht-erstatte rin ABG. CZERNY (*Schlußwort*): Hoher Landtag! Alle die Fragen, die der Herr Abg. Pospischil angeschnitten hat, sind der Stadt Wiener Neustadt hinreichend bekannt. Der Rechnungshof hat sich jedoch nur mit der Prüfung der Geschäftsgebarung zu beschäftigen gehabt. Ich bitte daher über meinen vorhin gestellten Antrag abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN (*nach Abstimmung*): Angenommen.

Ich ersuche den Herrn Abg. Scherrer, die Verhandlung zur Zahl 230 einzuleiten.

Bericht-erstatte r ABG. SCHERRER: Hohes Haus! Ich habe namens des Finanzausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend Nö. Landes anleihe 1956, zu berichten.

Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung vom 14. Februar 1956 diese Vorlage der Landesregierung beraten und mit zwei Resolutionsanträgen, und zwar erstens der Abg. Hilgarth und Wondrak und zweitens des Abg. Fuchs, angenommen. Diese Anträge sind in der dem Hohen Hause vorliegenden Fassung des Antrages des Finanzausschusses in den Punkten 3 und 4 enthalten.

Im außerordentlichen Landesvoranschlage für das Jahr 1956 konnten mangels einer entsprechenden Bedeckung nur die allernotwendigsten Ausgaben für Investitionen vorgesehen werden. Die nö. Landesregierung war sich jedoch von Haus aus darüber klar, daß eine unbedingte Notwendigkeit zur Durchführung weiterer verschiedener Investitionen im Interesse der Wirtschaft des Landes und der Aufrechterhaltung des Beschäftigtenstandes vorliegt. Die Landesregierung hat sich daher seit Verabschiedung des Landes-

voranschlägt für das Jahr 1956 unablässig bemüht, neue Mittel für Investitionszwecke zu beschaffen. Diese Bemühungen waren von Erfolg, da sich ein Konsortium von Kreditinstituten bereit erklärt hat, dem Lande Niederösterreich die Übernahme einer Anleihe gegen Ausgabe von Teilschuldverschreibungen in der Höhe von 100 Millionen Schilling, die noch im Laufe des Monats Februar 1956 zur Publikumszeichnung aufgelegt werden soll, zu garantieren. Die Anleihe wird zu den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem Geld- und Kapitalmarkte entsprechenden Bedingungen begeben. Die wichtigsten dieser Bedingungen sind:

Die Anleihe wird mit  $6\frac{1}{2}$  Prozent p. a. verzinst. Der Zuzählungskurs beträgt 99 Prozent für 100 S Nominale. Die Laufzeit der Anleihe ist 15 Jahre. Die ersten drei Jahre der Laufzeit der Anleihe sind tilgungsfrei. Die Tilgung der Anleihe erfolgt vom 4. Jahr der Laufzeit an in 12 Jahresraten im Wege jährlicher Auslosung. Eine vorzeitige teilweise oder gänzliche Aufkündigung der Anleihe über die jährliche Tilgungsquote hinaus ist nicht zulässig. Die dem Anleihekonsortium zu bezahlende Übernahmeprovision beträgt 2 Prozent der Anleihesumme.

Der Antrag des Finanzausschusses lautet (*liest*):  
„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die nö. Landesregierung wird ermächtigt, eine Anleihe gegen Ausgabe von Teilschuldverschreibungen im Betrage von 100 Millionen Schilling für Investitionszwecke zu den im vorliegenden Berichte angeführten Bedingungen aufzunehmen.
2. Die nö. Landesregierung wird aufgefordert, zur Durchführung dieses Beschlusses alles Erforderliche zu veranlassen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, ehestens eine Vorlage, betreffend zusätzlicher Investitionen im Jahre 1956 dem Landtag zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß dem Lande Niederösterreich zur teilweisen Wiedergutmachung der dem Lande durch die Besetzung zugefügten Schäden eine ausreichende Bundeshilfe zuteil wird. Darüber hinaus wolle erreicht werden, daß zur Förderung der niederösterreichischen Industrie- und Gewerbebetriebe eine erhöhte Zuteilung von ERP-Krediten erfolgt.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen und abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Landesrat Müllner.

LANDESRAT MÜLLNER: Hoher Landtag! Der vorliegende Entwurf sieht vor, daß das Land

Niederösterreich eine Anleihe im Betrage von 100 Millionen Schilling aufnehmen kann. Es ist bemerkenswert, daß diese Anleihe die erste in diesem Jahre ist, die aufgelegt wird, und es ist insbesondere erfreulich, daß das Land Niederösterreich diese erste Anleihe auflegen kann, nur sind wir gezwungen, rasch zu handeln und die Anleihe bereits in der zweiten Hälfte des Monats Februar aufzulegen.

Die Bedingungen sind die üblichen, wie sie jetzt am Anleihemarkt Usus sind. Sie haben gehört, daß der Zinsfuß  $6\frac{1}{2}$  Prozent, die Laufzeit 15 Jahre und der Zuzählungskurs 99 Prozent für 100 Schilling Nominale ist; das möchte ich besonders unterstreichen, weil er jedenfalls als ein günstiger zu bezeichnen ist.

Ich glaube, daß es notwendig ist, daß das Land Niederösterreich eine Anleihe auflegt, weil damit das außerordentliche Budget und daher die Vorsorge für notwendigste Investitionen nachgeholt werden kann.

Es ist selbstverständlich, daß der Weg der Auflegung einer Anleihe nur deshalb gangbar ist, weil sich der Anleihemarkt im Inland in gewisser Hinsicht normalisiert hat. Die Auflegung einer Anleihe ist also ein Zeichen dafür, daß keine öffentliche Körperschaft eine solch große Summe aufbringen kann. Ich möchte diesbezüglich besonders darauf verweisen, daß es auch den Kreditinstituten, und zwar sind es die Creditanstalt, die Länderbank und die Postsparkasse, nicht möglich ist, diese Anleihe in ihren Nostro-Stand zu übernehmen. Sie haben alle erklärt, sie können nur die Garantie dafür, diese Anleihe so rasch als möglich am freien Markt unterzubringen, übernehmen. Es besteht auch begründete Aussicht, diese Anleihe unterzubringen, sonst hätten die Kreditinstitute nicht die Garantie übernommen. Daß aber diese Anleihe untergebracht werden kann, ist auf die Stabilität der wirtschaftlichen und der finanziellen Verhältnisse in Österreich zurückzuführen, die wir als öffentliche Körperschaft mit Genugtuung begrüßen. Daß die bereits aufgelegte niederösterreichische Anleihe einen Kurs besitzt, der immer über pari ist, also sich in einer Höhe von 101 bis 104 bewegt, ist eine gute Einführungsmaßnahme. Daß wir weiters bei der Unterbringung der begebenen Newag-Anleihe, die vom Land garantiert wurde, auch keine besonderen Schwierigkeiten haben, sondern mit sehr großer Genugtuung feststellen können, daß die Anleihestücke, und zwar auch größere Anleihebeträge, am freien Markt sowohl in Wien als auch in der Provinz untergebracht werden können, eröffnet die Aussicht, daß auch diese Landesanleihe am freien Markt untergebracht werden kann. Das alles sind Zeichen der Konsolidierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, und es ist sicherlich erfreulich, daß die niederösterreichische Landes-

regierung heuer als erste mit einer solchen Anleihe auf dem Anleihemarkt erscheint.

Zum Punkt 3 des Antrages, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, dem Landtag ehestens eine Vorlage über die Verwendung der Anleihegelder dem Landtag zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen, möchte ich sagen, daß es selbstverständlich ist, daß eine solche Vorlage vorgelegt wird, und es werden das Hohe Haus und seine Mitglieder bald Gelegenheit haben, und zwar im kommenden Monat über die Verwendung dieser Anleihe zu beraten.

Zum Punkt 4 des Antrages möchte ich besonders erwähnen, daß ich im Finanzausschuß insbesondere meinen Parteikollegen zugeredet habe, dafür zu stimmen. Dieser Punkt betrifft einen Antrag der sozialistischen Abgeordneten, den wir einstimmig beschlossen haben. Ich möchte dazu nur sagen, daß davon nicht abgeleitet werden kann, daß die Landesregierung noch nichts unternommen hätte, um die finanzielle Lage des Landes zu bessern. Im Gegenteil, es wäre jetzt sicherlich möglich, in einer längeren Rede alle Bemühungen aufzuzeigen, die diesbezüglich von der Landesregierung bereits unternommen wurden. Aber das hängt nicht mit der jetzigen Anleihe zusammen. Wir wollen dazu nur die Feststellung machen, daß selbstverständlich die Landesregierung und insbesondere das Finanzreferat bereit sind, alles zu unternehmen, um die Finanzlage des Landes zu verbessern. Will jemand dabei helfen und hat brauchbare Vorschläge, so sind diese immer willkommen geheißen, und wir werden trachten, alle Bemühungen, die zu einem Erfolg führen können, auf einen Nenner zu bringen. Ich hoffe, daß durch diese Anleihe die finanziellen Notwendigkeiten des Landes in ihren dringendsten Punkten erledigt werden können und daß der Erfolg der Anleihe ein hundertprozentiger sein wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. D u b o v s k y.

ABG. DUBOVSKY: Hoher Landtag! „Wenn die Besatzungstruppen weg sein werden, werden alle Maßnahmen getroffen, damit Niederösterreich ein aufblühendes Land wird.“ Das hat vor längerer Zeit unser Innenminister Helmer auf einer Tagung des „Freien Wirtschaftsverbandes“ erklärt. Nun, es ist bald ein Jahr her, daß die Verhandlungen über den Staatsvertrag begonnen haben, mehr als ein halbes Jahr ist verstrichen, seitdem keine Besatzungstruppen mehr in Österreich sind, aber von dem aufblühenden Land Niederösterreich ist bis jetzt nichts zu bemerken, ja man muß sagen, gerade das Gegenteil dessen ist eingetreten, was hier groß verkündet würde.

Wir haben Ende des vergangenen Jahres hier im Landtag ein Budget beschlossen, bei dem trotz

seiner Dürftigkeit im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren noch erhebliche Abstriche und Einschränkungen vorgenommen wurden, ein Budget, das dem Landtag zu einer Zeit vorgelegt wurde, in der man von Hochkonjunktur spricht, ein Budget, in dem der ganze Notstand, die ganze Not, in der sich Niederösterreich befindet, seinen Niederschlag gefunden hat. Es mag dafür verschiedene Gründe geben, die diesen Notstand herbeigeführt haben. Aber niemand wird heute mehr bestreiten — und die Stimmen werden immer zahlreicher, die uns hier recht geben —, daß dieser Notstand in Niederösterreich in erster Linie durch die verfehlte Politik der beiden Regierungsparteien in den vergangenen zehn Jahren entstanden ist, durch die Politik der Unterstützung des Kalten Krieges, wie maßgebende Funktionäre des Landes vor kurzem erklärt haben. Diese Politik hat zu einer unerhörten Benachteiligung unseres Bundeslandes geführt, zu einer Benachteiligung, die auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens spürbar ist.

Wir alle haben es ja miterlebt, welch langwieriger Auseinandersetzungen es hier im niederösterreichischen Landtag und im Parlament bedurft hatte, bis die Frage des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug akut geworden ist. Gerade der niederösterreichische Teil der Donau würde das gewaltigste Energiezentrum in ganz Österreich darstellen, hätte man rechtzeitig und mit aller Kraft, mit dem Einsatz aller Mittel jene Kraftwerkette errichtet, die seit langem geplant und vorgesehen ist. Wir alle haben es erlebt, daß vom Bund aus nicht jene Investitionen durchgeführt worden sind, die notwendig gewesen wären, um dem Land zu helfen, um Niederösterreich zumindest im gleichen Ausmaß zu beteiligen, wie die westlichen Bundesländer. Wir haben gerade bei der verstaatlichten Industrie immer wieder darauf hingewiesen, daß die Investitionen in Ternitz bei weitem nicht das Ausmaß haben wie die Investitionen der verstaatlichten Industrie in Westösterreich, und wir haben auch darauf hingewiesen, daß die Zuteilungen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds für Niederösterreich, das durch den Krieg am meisten in Mitleidenschaft gezogene Bundesland, lächerlich gering sind. Wir haben all die Jahre, gestützt auf die Feststellungen der Konferenz der Landesbaudirektoren, darauf hingewiesen, daß Niederösterreich 25 Prozent der Kriegsschäden erlitten hat. Der Herr Landeshauptmann hat vor einiger Zeit diese Zahl korrigiert und festgestellt, daß auf Niederösterreich 35 Prozent der Kriegsschäden entfallen. Aber selbst wenn wir nur bei den 25 Prozent bleiben, zeigt die Verteilung der Mittel aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, welch gigantische Beträge unserem Bundesland entzogen wurden. Bis Ende 1955 wurden aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds rund 4,7 Milliarden bewilligt, davon

rund 375 Millionen für Niederösterreich; das sind knapp 8 Prozent. Hätte man auf Grund der Kriegsschäden Niederösterreich die 25 Prozent zugeteilt, dann hätten wir um 800 Millionen Schilling mehr erhalten müssen. 800 Millionen Schilling in die Wirtschaft unseres Landes hineingepumpt, das hätte auch letzten Endes im Budget des Landes seinen Niederschlag gefunden, das hätte mitgeholfen, die Wirtschaft eines Landes aufblühen zu lassen, weiterzuentwickeln und sie wirklich in großzügiger Weise zu gestalten.

Wir sehen aber auch eine Benachteiligung des Landes auf dem Gebiete des Straßenwesens und auf einer Reihe anderer Gebiete. Diese Politik der Benachteiligung als eine Folge des Kalten Krieges hat unserem Lande die schwersten Schäden zugefügt. Diese Schäden sind letzten Endes auch die Ursache, daß das Budget für das heurige Jahr eine solche Dürftigkeit aufweist und daß wir uns jetzt damit beschäftigen, die Zustimmung zu einer Anleihe in der Höhe von 100 Millionen Schilling zu geben.

Bei der Budgetberatung war bereits die Rede von einer Anleihe, und wenn heute davon gesprochen wurde, daß diese Anleihe zu sehr günstigen Bedingungen vergeben wird, dann weiß ich nicht, wie man die Bedingungen bezeichnen soll, die bei der Anleihe angeboten wurden, von der man bei den Budgetberatungen gesprochen hat, nämlich der Anleihe der Sowjetunion, die nur zu 2 Prozent ohne Nebenspesen und ohne sonstige Bedingungen gegeben werden sollte, und die dabei eine Summe erreicht hätte, die weitaus höher gewesen wäre, als die jetzt zur Beratung stehende Anleihe. Wenn man beide Anleihen und deren Bedingungen gegenüberstellt, dann kann man erst so richtig ermessen, was Niederösterreich durch die durch nichts verständliche Hinauszögerung des Abschlusses der Sowjetanleihe entgangen ist oder entgeht.

Wenn hier von 100 Millionen Schilling gesprochen wird, die ein österreichisches Bankenkonsortium, die Creditanstalt, die Länderbank und die Postsparkasse dem Lande gibt, so stimmt das nicht ganz, denn die 100 Millionen Schilling stehen dem Lande nicht zur Gänze zur Verfügung, weil der Zuzahlungskurs schon 1 Million, die Bankenprovision 2 Millionen und der Zinsdienst für das erste Jahr weitere 6,5 Millionen zum Verschwinden bringen, sodaß in Wirklichkeit nur mehr 90,5 Millionen zur Verfügung stehen, von denen sofort 30 Millionen Schilling für das außerordentliche Budget abgezweigt werden, und mit dem Rest können — wie im Finanzausschuß festgestellt worden ist — kaum die zwingend notwendigen Ausgaben des Landes gedeckt werden. Zieht man aber einen Vergleich zwischen dieser von einem österreichischen Bankenkonsortium angebotenen Anleihe und der Sowjetanleihe unter

Berücksichtigung dieser Spesen und der um 4,5 Prozent höheren Verzinsung, so ergibt sich, daß bei der Laufzeit von 15 Jahren Niederösterreich für die 100 Millionen Schilling um 70 Millionen Schilling mehr an Zinsendienst und Spesen bezahlen muß als es für die Sowjetanleihe hätte bezahlen müssen. Hier zeigt sich doch der Widersinn dieser ganzen Verschleppungstaktik, dieser ganzen Hinauszögerungstaktik! Diese 70 Millionen Schilling müssen wir ja letzten Endes aus Steuergroschen zurückzahlen. Um diese 70 Millionen Schilling, auch wenn sie im Verlauf von 15 Jahren auflaufen, hätte eine ganz schöne Anzahl von Investitionen und Aufbauwerken durchgeführt werden können.

Ich habe schon gesagt, daß diese Anleihe nicht ausreichen wird — das ist auch eine Feststellung im Finanzausschuß —, um die zwingend notwendigen Ausgaben zu decken. Aber gerade hier in Niederösterreich zeigt es sich, wie sehr die Finanznot dazu verleitet, daß man sogar einer Anleihe zustimmt, bei der man im Verlauf von 15 Jahren um 70 Millionen Schilling mehr an Zinsen und Spesen bezahlen muß, als bei der Sowjetanleihe. Gerade diese finanzielle Not und die ganze Situation in Niederösterreich zwingt dazu, eine weitaus großzügigere Anleihe aufzulegen, um der Wirtschaft unseres Landes einmal einen Impuls zu geben, einen Stoß nach vorne zu versetzen. Hier wäre die Aufnahme der Sowjetanleihe von ungeheurem Vorteil gewesen. Man hätte dadurch vor allem den Wohnungsbau in großzügigster Weise finanzieren können. Dieser Wohnungsbau stellt ja eine der dringendsten Notwendigkeiten in unserem Lande dar, nicht nur weil er die Vollbeschäftigung sichert, sondern weil er gleichzeitig das Wohnungselend in Niederösterreich beseitigt und mithilft, gesunde Menschen in gesunden Wohnungen heranwachsen zu lassen. Wir wissen, daß der Betrag, der von Seiten der Sowjetunion angeboten wurde, natürlich nicht auf einmal verbraucht hätte werden können. Jeder weiß, daß sich dies in einigen Jahresraten vollzogen hätte. Damit wäre auch die Möglichkeit geschaffen worden, den ehemaligen USIA-Betrieben billige Kredite zur Verfügung zu stellen, Kredite, die zu einer Verzinsung von 2 Prozent für die Betriebe erträglicher gewesen wären, als die Wucherzinsen, die heute die Kontrollbank mit einer durchschnittlichen Höhe von 8 Prozent verlangt. Hier wäre ein Impuls für unsere Wirtschaft erfolgt, diese Anleihe hätte mitgeholfen, wirklich einen Aufschwung herbeizuführen.

Niederösterreich wurde bis jetzt auf allen Gebieten benachteiligt. Das Bundesland müßte aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds jene Mittel erhalten, auf die es auf Grund der Kriegszerstörungen Anspruch erheben kann, und Niederösterreich müßte aus dem Bundes-Wohn- und Sied-

lungsfonds die Mittel erhalten, um einen großzügigeren Neubau von Wohnungen finanzieren zu können. Der Bund müßte aber auch seiner Verpflichtung nachkommen, um im niederösterreichischen Straßennetz Ordnung zu schaffen und er müßte neue Straßenzüge in einem Ausmaß übernehmen, wie es in anderen Bundesländern der Fall ist. Wenn auf all diesen Gebieten der Landtag und die Landesregierung alle Anstrengungen zur Beseitigung dieser vielfachen Benachteiligung unternommen hätten, dann wären die Voraussetzungen für ein wirtschaftlich aufblühendes Land geschaffen worden, wie es vor einem Jahr Innenminister Helmer sowie andere Minister versprochen haben. Dazu kommt — in der letzten Zeit wird wieder häufiger darüber gesprochen —, daß sich durch diese Benachteiligungspolitik in Niederösterreich Notstandsgebiete herausgebildet haben, wie Wiener Neustadt und das Triestingtal. Was hat man den Bewohnern des Triestingtals vor einem Jahr nicht alles für die Zeit nach dem Abzug der Russen versprochen? Das Ergebnis ist, daß noch nie in der Vergangenheit so wenig Menschen im Triestingtal beschäftigt waren, wie es heute der Fall ist. Wir sehen, daß im Bezirk Baden, im Waldviertel Notstandsgebiete entstanden sind, die dringend Hilfe verlangen. Während wir auf der einen Seite diese Not feststellen müssen, erleben wir gleichzeitig auf der anderen Seite, daß der niederösterreichische Reichtum, das Erdöl, durch das Wiener Memorandum zum Großteil an das Ausland verschenkt werden soll. Was liegt denn näher, als daß wir alle gemeinsam den Kampf darum führen, daß der niederösterreichische Reichtum, die Gewinne aus dem Erdöl dem Lande selbst zugute kommen! Damit könnten wir Notstandsgebiete beseitigen und wirklich die Voraussetzungen schaffen, daß die Wirtschaft unseres Landes in einem aufstrebenden Ausmaß aufblüht. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Die sozialistischen Kollegen brauchen nicht nervös werden, die Niogas ist nicht der Weg dazu. Die Niogas ist nur dazu geschaffen worden — Sie haben dazu Ihre Zustimmung bei ihrer Kapitalserhöhung gegeben —, damit auch das restliche Ausmaß, das Österreich vom Öl bleiben sollte, unter ausländische Patronanz und Aufsicht kommen soll. Für den, der ehrlich bestrebt ist, Niederösterreich zu helfen, gibt es sicherlich einen gangbaren Weg, den Reichtum unseres Erdöls zur Gänze unserem Bundesland zugute kommen zu lassen, um damit all das wieder gut zu machen, was man in den vergangenen Jahren an Niederösterreich gesündigt hat. Ich glaube, daß damit für Niederösterreich die Voraussetzung gegeben wäre, in der Entwicklung der österreichischen Bundesländer den ersten Platz einzunehmen und sich erfolgreich behaupten zu können.

Wir werden dieser Anleihe unsere Zustimmung geben, weil wir angesichts der Situation, in der

Niederösterreich jeden Groschen notwendig hat, auch in den sauren Apfel wesentlich ungünstigeren Bedingungen, als sie die Sowjetanleihe mit sich gebracht hätte, hineinbeißen. Wir glauben, daß diese Anleihe vor allem dazu dienen soll, wirklich Investitionen durchzuführen, um unsere Wirtschaft vorwärts zu treiben.

Gleichzeitig sind wir aber auch der Ansicht, daß man sich bei dieser Anleihe der Tatsache bewußt werden muß, daß das kostbarste Gut unserer Wirtschaft nach wie vor die Menschen darstellen. Wir haben erlebt, daß durch die Kreditkürzungen im Budget eine Einrichtung des Landes Niederösterreich, das Speisinger Krankenhaus, zur Schließung kommen soll. Ich glaube, wir haben bei den Budgetberatungen darauf hingewiesen, daß die Zustimmung zum Kapitel Gesundheitswesen, in dem die Kürzung für Speising enthalten war, die Zustimmung zur Schließung dieses Krankenhauses bedeutet. Die sozialistischen Kollegen waren damals anderer Meinung. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Ich hoffe, daß die sozialistischen Kollegen ihren seinerzeitigen Fehler gut machen werden, indem sie meinem Resolutionsantrag die Zustimmung geben werden, welcher lautet (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Um die uneingeschränkte Weiterführung des Betriebes im Landeskrankenhaus Speising zu gewährleisten, wird die Landesregierung aufgefordert, den dafür erforderlichen Betrag aus den Mitteln der Landesanleihe 1956 bereitzustellen.“

Falls Sie aber glauben sollten, daß Ihre Zustimmung zur Bereitstellung der Mittel für Speising die Gefahr der Volksdemokratie für Österreich heraufbeschwört, bin ich bereit, diesen Antrag zurückzuziehen, wenn Sie einen gleichlautenden oder gleichwertigen Antrag stellen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. W o n d r a k.

ABG. WONRRAK: Hoher Landtag! Das Land Niederösterreich ist in eine schwierige Finanzlage geraten. Bei den Verhandlungen über den Voranschlag 1956 wurde das von prominenten Mandataren innerhalb und außerhalb dieses Hauses wiederholt dargestellt. Man könnte nun verschiedener Meinung darüber sein, warum wir in diese schwierige finanzielle Lage geraten sind. Feststeht nur, daß wir einen Voranschlag vor uns gehabt haben, von dem wir wissen, daß er kaum das nackte Leben des Landes garantieren wird. Für uns ist es daher sehr erfreulich, wenn wir heute aus dem Motivenbericht zur Vorlage lesen können, daß es schon seinerzeit von Haus aus festgestanden ist und daß sich darüber jedermann im klaren war, daß, um die unbedingten Notwendigkeiten des Landes zu erfüllen, ein Weg



gefunden werden muß. Wer sich an die Dezemberberatungen über das Budget 1956 erinnert, muß allerdings objektiverweise feststellen, daß man damals — zumindestens aus den Reden der ÖVP. — diese Erkenntnis nicht herauslesen konnte. Letztenendes freuen wir uns aber, daß es nur eine sehr kurze Zeit gedauert hat, bis sich die Gedankengänge, die wir damals ausgesprochen haben, auch in den Kreisen der Mehrheit durchgesetzt haben, und daß diese nun einsehen, daß dieses Budget, wie es damals dem Landtag vorgelegt wurde, auf keinen Fall ausreicht, um wirklich das Notwendigste, das in diesem Lande erforderlich ist, zu erfüllen.

Es ist jetzt gerade erzählt worden, welche herrliche Zukunftsaussichten Niederösterreich hätte, wenn wir eine Anleihe entgegennehmen würden, die uns förmlich auf den Tisch gelegt wird. Ich habe diese ganze Geschichte der Aufnahme einer Anleihe aus den Mitteln der ehemaligen russischen Besatzungsmacht aufmerksam verfolgt. Ich muß zugeben, daß ich darüber die widersprechendsten Nachrichten gehört habe und daß, wenn man geschält hat, um den Kern herauszufinden, es leicht wurde, sich über den tatsächlichen Stand der Dinge ein Bild zu machen. Wenn aber gesagt wird, daß diese Anleihe ein Allheilmittel wäre, das uns aller Sorgen auf Jahre hinaus entheben würde, dann bin ich der Meinung, daß dem doch nicht so ist, und daß man in dieser Anleihe wahrscheinlich verschiedene Pferdefüße gefunden hätte, welche die Schwierigkeiten auf dem finanziellen Gebiet des Landes nicht erleichtert hätten. Grotesk finde ich es, wenn die Frage des niederösterreichischen Erdöls in einer Form zur Darstellung gebracht wird, als ob wir, wenn man diese Erdölfrage nach einem bestimmten Konzept des Herrn Abg. Dubovsky lösen würde, ebenfalls jeder Sorge für die Zukunft enthoben wären. Nach zehn Jahren zu dieser Erkenntnis zu kommen, ist auch ein Fortschritt! Das Entscheidende für uns ist aber ja doch, daß wir bestimmt nicht die Nöte hätten, die wir heute auf finanziellem Gebiet zu verzeichnen haben, wenn die Mittel, die durch ein Jahrzehnt, wo die Russen das niederösterreichische Erdöl ausgenützt haben, ins Ausland gegangen sind, ohne uns eine Entschädigung zu geben, diese zehn Jahre hindurch nach Niederösterreich geflossen wären. Wenn vielleicht die kommunistische Partei etwas tun will und ihre internationalen Verbindungen zum Kreml ausnützen kann, dann wäre es sehr gut, wenn diese vielen, vielen Tonnen Erdöl, die wir als Ablöse für die Erdölgruben durch zehn Jahre hindurch an Rußland geben müssen, dem Lande Niederösterreich zufließen würden. (Abg. Dubovsky: *In dem Moment, wo der Schärf seine Unterschrift unter das Wiener Memorandum zurückzieht!*) Wenn also die Beträge für diese Ablöse, die wir durch zehn Jahre zu leisten haben,

dem Lande Niederösterreich zufließen würden, dann würde man selbstverständlich eine wesentliche Erleichterung erreichen, und wenn man den Preis für diese eine Million Tonnen Erdöl jährlich für Investitionen verwenden könnte — selbstverständlich durch zehn Jahre hindurch —, dann hätten wir ganz bestimmt die Möglichkeit, verschiedene Rückstände, die es im Lande gibt, zu beheben.

Ich will mit diesen Sätzen nur sagen, daß man die Dinge doch nicht so darstellen kann, als ob die beiden Regierungsparteien alles versäumt hätten und nichts gut gemacht haben, während die kommunistische Kritik und ihre Vorschläge uns schon längst in ein Paradies geführt hätten.

Bei der Betrachtung der Situation in unserem Lande darf man doch nicht übersehen, daß wir durch besondere Umstände und durch besondere Verhältnisse in diese unglückliche Lage gekommen sind. Man konnte doch zum Beispiel — so lange hier die Besatzung war — niemand dazu veranlassen, daß er hier große Kapitalien investiert. Man hat Niederösterreich gemieden wie einen Aussätzigen, und es hat bis knapp vor dem Abzug der Besatzungsmacht Menschen gegeben, die die Enns und den Semmering nicht überschritten haben. (*Ruf bei der SPÖ.: Neun Jahre sind die Russen zu lange da geblieben!*) Das hat sich natürlich sehr ungünstig auf die wirtschaftliche Lage unseres Landes Niederösterreich ausgewirkt. Wenn wir wissen, daß wir durch historische Gegebenheiten diese Dinge nicht abstellen konnten, dann halte ich es für verfehlt, wenn man uns jetzt diese historischen Tatsachen zum Vorwurf macht und behauptet, daß wir diejenigen sind, die Fehler gemacht haben. Das soll man nicht machen, denn es entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.

Wenn man nun zu dieser Anleihe Stellung nimmt, dann möchte ich folgendes sagen: Wir haben im ordentlichen Budget einen Abgang von 70 Millionen Schilling und im außerordentlichen einen solchen von 30 Millionen Schilling! Ich bin davon überzeugt, daß der Abgang, der im ordentlichen Budget aufscheint, durch Ersparungen allein nicht hereingebracht werden kann, daß es aber durch Mehreingänge möglich sein wird, den Ausgleich für das ordentliche Budget herbeizuführen. Das außerordentliche Budget ist allerdings eine sehr traurige Angelegenheit; hier haben wir nur einen Betrag von 30 Millionen Schilling und dieser Betrag reicht wirklich nicht aus, um auch nur das Allernotwendigste zu decken. Ich kann daher schon verstehen, daß bei dieser Form eines Notbudgets, wie wir dieses Budget genannt haben, verschiedene Mißdeutungen der Haltung der Sozialisten zu beobachten sind. Soeben hat der Herr Abg. Dubovsky gesagt, daß unsere Zustimmung zum Kapitel „Gesundheitswesen“ mit beinhaltet hat, daß wir mit der Sperrung des Speisinger

Krankenhauses oder zumindest mit der Aufnahmesperre in diesem Krankenhaus einverstanden sind. Das Gleiche haben wir schon vom Herrn Landesrat Müllner und auch von verschiedenen anderen Abgeordneten der ÖVP. gehört. Darf ich hier feststellen, daß das eine Mißdeutung ist! Wir haben bei unserer Stellungnahme zum Budget 1956 ausdrücklich erklärt, daß wir dieses Budget als ein Notbudget betrachten, nur als eine Vorsorge, damit die Verwaltung dieses Landes ungestört fortgesetzt werden kann und daß wir erwarten, daß die zur Erfüllung der normalen Aufgaben des Landes notwendigen Mittel in kürzester Zeit bereit gestellt werden. Das ist ein anderer Standpunkt als der, der uns hier heute zu wiederholtenmalen vorgehalten worden ist, nämlich, daß wir da blindlings für eine Sache unsere Zustimmung gegeben hätten, die wir jetzt leidenschaftlich bekämpfen. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich feststellen. (*Abg. Lauscher: Für die Kürzungen habt Ihr gestimmt!*)

Diese 30 Millionen Schilling, die wir im außerordentlichen Budget als Abgang haben, müssen jetzt aus dieser Anleihe ganz bestimmt reserviert werden. Es bleibt ein verhältnismäßig kleiner Betrag übrig, der angesichts der Situation in diesem Lande bestimmt nicht ausreichen wird, um alle die Aufgaben zu lösen, die nach unserer Überzeugung unbedingt gelöst werden müssen.

Der Stand der niederösterreichischen Straßen ist ja bekannt; wir sind aber loyal genug, zuzugeben, daß die 12.000 km Landesstraßen, die wir in diesem Lande haben, von uns selbst niemals betreut werden können. Aber diese 12.000 km Landesstraßen in Niederösterreich sind ja auch eine Gegebenheit, eine Folge der historischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die Straßen, die eben zum wirtschaftlichen Zentrum eines großen Reichs geführt haben, laufen durchwegs durch Niederösterreich, und Wien ist immer ein Bestandteil Niederösterreichs gewesen, ist aus der niederösterreichischen Hauptstadt zur Haupt- und Residenzstadt der alten Monarchie emporgewachsen, und deshalb sind die Straßen heute da. Aber wenn man glaubt, daß man diese Straßenmisere Niederösterreichs in der Form beheben kann, daß man hergeht und den Gemeinden zur Erhaltung und zum Neubau der Straßen 50 bis 70 Prozent der Gestehungskosten aufrechnen will, so muß man dies — um ein gelindes Wort zu gebrauchen — als für die Gemeinden nicht zumutbar bezeichnen. Sie könnten dieses Gesetz unter Umständen beschließen, aber seien Sie überzeugt: aus nichts wird nichts! Und wenn man den Gemeinden, die nichts haben, zumuten würde, daß sie 50 bis 70 Prozent der auflaufenden Kosten aus ihren Mitteln bezahlen müssen, würde das auf dem Papier stehen bleiben, weil die Gemeinden einfach nicht in der Lage sind, diese Kosten aufzubringen. Es

würde also erst recht ein völliger Verfall der niederösterreichischen Straßen eintreten, weil man den Gemeinden die Beträge wohl auf dem Papier vorschreiben würde, diese Beträge würden aber auf dem Papier bleiben, weil niemand in der Lage wäre, diese Beträge zu bezahlen, ausgenommen vielleicht einige glückliche Gemeinden. Man muß nur in die einzelnen Gemeinden hinausgehen und mit den Leuten reden, dann würde man sofort sehen, daß solche Vorschläge nicht realisierbar sind und keinen Ausweg darstellen.

Nun gebe ich aber ohne weiteres zu, daß unter Berücksichtigung des ständig wachsenden Verkehrs das niederösterreichische Straßenproblem einer generellen großzügigen Bereinigung bedarf. Aber diese generelle und großzügige Bereinigung kann man doch nicht auf Kosten der Gemeinden machen, die selbst nichts haben, sondern hier müßten schon andere Vorschläge erstattet werden. Wir denken da vor allem daran, daß in Niederösterreich ungefähr dasselbe Verhältnis zwischen Bundesstraßen und Landesstraßen hergestellt werden müßte, das im Bundesdurchschnitt in den übrigen Bundesländern heute bereits besteht. Das wäre ein korrektes Verlangen, dem sich keine Bundesregierung entziehen könnte, wenn man wirklich einmal ernstlich daran denkt, Niederösterreich zu helfen. Wenn man aber immer wieder hört, bis zur Spitze hinauf: Für Niederösterreich muß etwas geschehen, da müssen wir etwas machen, aber es tut sich nichts, dann muß man daran zweifeln, ob der ehrliche Wille besteht, Niederösterreich wirklich zu helfen. Reden in einer bestimmten Situation mögen vielleicht gut sein, sie können aber die tatsächlichen Verhältnisse nicht umgestalten. Das Budget mit den paar Millionen, die für den Straßensektor übrigbleiben, wird also keine großen Änderungen herbeiführen können.

Nun gibt es aber noch einige andere Fragen, die im Voranschlag für 1956 nicht gelöst worden sind. Glauben Sie, daß es wirklich möglich ist, daß der Schulbaufonds keine Dotierung aus Landesmitteln erhält? Wir alle sehen und wissen es, daß viele niederösterreichische Gemeinden die Schulen, die schon Jahrzehnte alt sind, in ihrem heutigen Zustand nicht mehr weiter bestehen lassen können. Die Hilfe durch den Schulbaufonds hat Niederösterreich an die Spitze jener Länder gestellt, die für das kostbarste Gut unseres Volkes, für das Kind, auf dem Schulgebiet unendlich viel vorgesorgt haben. Lassen wir uns diese Position nicht dadurch nehmen, daß wir bei den Schulen zu sparen beginnen! Ich bin vielmehr der Meinung, daß man hier, um den berechtigten Wünschen gerecht zu werden, eher in noch höherem Ausmaß Beiträge geben müßte und daß man verschiedene andere Sparten in ernsten Ausschußberatungen überprüfen sollte, um vielleicht auf diese Weise Mittel für den Schulbaufonds freizumachen.

Es wurde heute schon von meinem Vorredner darauf hingewiesen, daß die Wohnbautätigkeit in Niederösterreich eine Sache ist, die verkannt wird. Immer mehr höre ich von ganz vernünftigen Menschen, wenn man mit ihnen darüber spricht, daß die Wohnungsnot untragbar ist. Sie sagen kopfschüttelnd: Das verstehen wir nicht, denn es ist doch schon so und so viel gebaut worden. Ich weiß das aus meiner eigenen Stadt, wo ich diese Antwort sehr häufig von ernst zu nehmenden Menschen zu hören bekomme. Es ist für sie unverständlich, daß es immer noch so und so viele Menschen gibt, die nach einer Wohnung fragen. Wir können ihnen aber antworten: Setzen Sie sich in irgendein Bürgermeisterzimmer in irgendeiner kleineren oder größeren Gemeinde in Niederösterreich und lassen Sie einmal den Parteienverkehr einen Tag lang über sich ergehen! Die erschütterndsten Bilder über das Wohnungselend — Not ist hier gar kein Ausdruck — und damit über Zusammenbrüche von Familien und von Familienleben können Sie jeden Tag hier sehen! Da kommen Sie sofort zu der Überzeugung, daß das Drängen der Sozialisten, daß die Wohnbauförderung in diesem Lande nicht gekürzt werden darf, sondern daß sie vielmehr fortgesetzt werden muß, um die erforderlichen und notwendigen Wohnungen zu schaffen, eine berechtigte Forderung ist. Wenn wir nun im Budget des Landes Niederösterreich für die niederösterreichische Landeswohnbauförderung eine einzige Million Schilling vorgesehen haben und dafür nur ein verhältnismäßig geringer Betrag aus dem Anleiheerlös zur Verfügung steht, werden Sie unsere Sorge verstehen, die dahingeht, daß auch die Frage der Wohnbauförderung in einer weitaus großzügigeren und wirksameren Form gelöst werden muß.

Wir könnten nun darauf verweisen, daß die Landesanstalten in Niederösterreich dringend großer Investitionen bedürfen. Darf ich nur den Namen Mauer-Chling aussprechen, eine Anstalt, die zum Großteil Jahre hindurch von der Besatzungsmacht für ihre Zwecke verwendet wurde, und von der wir wissen, daß die hygienischen und sanitären Zustände nicht weiter aufrecht erhalten werden können. Es sind also wirklich ganz große und gewaltige Mittel notwendig, damit endlich nach einem weitgesteckten Investitionsplan das allerwichtigste einmal im Lande Niederösterreich durchgeführt werden kann.

Wir begrüßen es — so wie Herr Landesrat Müllner —, daß in diesem Antrag, der ursprünglich nur zwei Punkte enthalten hat, ein Punkt 3 und 4 eingebaut worden ist, weil wir uns davon erwarten, daß wir die Öffentlichkeit, vor allem die Bundesregierung, damit darauf aufmerksam machen können, daß für Niederösterreich endlich wirklich etwas geschehen muß und daß in ernstesten Verhandlungen und Auseinandersetzungen ein

Weg gefunden werden muß, der uns aus dieser Enge heraushilft. Wenn wir heute dieser Vorlage die Zustimmung geben, so tun wir es deswegen, weil wir überzeugt sind, daß uns das ein kleines Stück vorwärtshelfen kann. Daß es eine Lösung aller Fragen, die uns da entgegentreten, bringen wird, davon bin ich allerdings nicht überzeugt.

Der Herr Finanzreferent hat seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß es dem Lande Niederösterreich möglich gewesen ist, als erster Anleihenehmer im Jahre 1956 aufzutreten, und er meint, daß die drei Bankinstitute, die diese Anleihe garantieren, die Überzeugung haben, daß sie sie nicht in den Tresor legen müssen, sondern daß sie in der Lage sein werden, diese Teilschuldverschreibungen auch tatsächlich im Publikum unterzubringen. Es läuft derzeit eine Anleihe der NEWAG. Ich weiß nicht, wieweit tatsächlich eine Zeichnung erfolgt ist. Aber hoffen wir, daß das Land Niederösterreich soviel Kreditwürdigkeit und Ansehen beim Publikum findet, daß diese 100 Millionen Schilling aufgenommen werden. Die Politik, die die Herren der Österreichischen Volkspartei in diesem Lande betreiben, ist durchaus nicht angetan, um dieses Vertrauen, das der Geldmarkt verlangt und sucht, auch tatsächlich zu rechtfertigen. Wir wissen, wie sehr empfindlich der Geldmarkt ist und daß eine Reaktion sofort erfolgt, wenn die Bevölkerung das Gefühl hat, daß in einem Lande keine stabilen und absolut sicheren Verhältnisse bestehen. Der Herr Finanzreferent hat das Schwergewicht seiner Ausführungen darauf verlegt, indem er erklärte, daß die ganze Situation und die Möglichkeit, die Anleihe begeben zu können, vor allem darauf fußt — und er hat recht, wenn er das sagt —, daß das Publikum an die Stabilität der österreichischen Wirtschaft und damit auch an die der niederösterreichischen glaubt, daß sie der niederösterreichischen Wirtschaft Vertrauen entgegenbringt und daher bereit ist, solche Anleihen aufzunehmen. Dieses Vertrauen der Bevölkerung Niederösterreichs ist ein kostbares Gut und ein wertvoller Kreditbestand des Landes, den das Land Niederösterreich nicht aus der Hand geben darf. Aber es ist auch notwendig, daß die Mehrheitspartei, die die Politik in diesem Lande führt, auch den Anforderungen der Partei, die auf Grund der Verfassung mit in der Regierung sitzt, Rechnung trägt. Nur wenn das Vertrauen ein allgemeines ist, werden auch weitere Anleihen beim Publikum eine Aufnahme finden, denn wir wissen, mit diesen 100 Millionen Schilling wird verhältnismäßig wenig getan werden können. Es muß noch verschiedenes anderes geschehen, damit wir Niederösterreich aus seiner finanziellen Krise herausführen. Dazu ist aber das Vertrauen nicht nur in die Stabilität der Währung, sondern auch in die Zusammenarbeit der Regierungsparteien eine unbedingte Voraussetzung. Hoffen wir, daß diese

Erkenntnis sich durchsetzt und erwarten wir auch, daß es möglich sein wird, mit dem Erlös dieser Anleihe zumindestens das Vordringlichste sofort zu schaffen, sodaß keine Stockung im weiteren Aufbau Niederösterreichs eintritt.

Aus diesen Erwägungen heraus geben wir Sozialisten dieser Vorlage die Zustimmung. Vor allem hoffen wir aber, daß der Bund den berechtigten Wünschen Niederösterreichs Rechnung trägt und daß dies nicht einseitig und ohne Fühlungnahme mit uns erfolgen wird, sondern daß man darüber mit den einzelnen Referaten spricht, welche Aufgaben sie nach ihrer Überzeugung als die vordringlichsten ansehen. Das ist wichtig, denn ein Land, das in finanzieller Not ist — das haben andere gesagt, nicht ich — und ein Land, von dem man erzählt, daß es in eine schwierige Lage geraten ist, bedarf des Vertrauens.

Wir stimmen aus diesem Grunde für diese Vorlage und hoffen, daß wir die Möglichkeit haben werden, in kürzester Zeit darüber beraten zu können, wie der Erlös der Anleihe zu Gunsten Niederösterreichs verwendet werden kann. (*Beifall bei den Sozialisten.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. W e n g e r.

ABG. WENGER: Hohes Haus! Wir haben heute über eine Anleihe im Ausmaß von 100 Millionen Schilling zu beraten, die der Herr Landesrat Müllner zur Zeichnung auflegt. Namens meiner Fraktion möchte ich nun ebenso wie mein verehrter Herr Vorredner, Präsident Wondrak, sagen, daß wir dieser Anleihe natürlich zustimmen werden. Allerdings kann ich dem Herrn Landesrat Müllner bei seinem Gedankengang nicht ganz folgen, wenn er meint, daß es eine erfreuliche Feststellung wäre, daß das Land Niederösterreich, wenn es Geld braucht, auf den Kreditmarkt, bzw. Anleihemarkt gehen kann. Das sehe ich nicht ein, aber ich sage noch einmal, daß wir selbstverständlich bereit sind, dieser Anleihe zuzustimmen. In diesem Zusammenhang, Hohes Haus, ist es aber auch notwendig, in die anderen Fragen, die mit der Anleihe überhaupt zusammenhängen, näheren Einblick zu bekommen.

Ich darf vielleicht daran erinnern, daß einmal sehr viel in diesem Hause von einer Russenanleihe gesprochen wurde, die man aufzunehmen gedenke und daß ungemein viel Unklarheit in dieser Frage bestanden hat. Ich erinnere nur daran, daß die TASS von 500 Millionen Schilling geschrieben hat, daß die Mehrheit des Hauses von 600 und 700 Millionen Schilling gesprochen hat und daß von den Kommunisten sogar von 800 Millionen Schilling gesprochen wurde, daß weiters von einem Zinsfuß von 2 Prozent gesprochen wurde, sodaß man gewissermaßen die Abgeordneten dieses Hauses geradezu neugierig gemacht hat, was hier

eigentlich wirklich beabsichtigt sei. Seither ist es über diese Sache verhältnismäßig ruhig geworden, und wir würden denn doch gerne wissen, was hier beabsichtigt ist oder war, ob man von dem Gedanken abgegangen ist, bzw. ob man den Gedanken vielleicht noch nicht ganz aufgegeben hat, das Land Niederösterreich mit einer neuerlichen Schuldenlast zu bedenken.

Ich möchte doch feststellen, daß wir kein Verein von Leuten sind, deren Meinung man nicht ernst zu nehmen braucht. Ich glaube, man wäre verpflichtet, uns restlos über die Absichten, die auf allen Gebieten bestehen, aufzuklären, damit wir uns dementsprechend verhalten können. Es ist unserer Meinung nach für die Abgeordneten dieses Hauses durchaus nicht gleichgültig, ob das Land so oder so hoch verschuldet ist, oder ob die Absicht besteht, Niederösterreich noch höher zu verschulden. Es scheint meiner Meinung nach in letzter Zeit zu Ihrem Programm zu gehören, die Abgeordneten dieses Hauses nicht mit dem nötigen Respekt zu behandeln. Ich denke da beispielsweise daran, daß gerade in der Frage „Speising“, die ebenfalls sehr viel diskutiert wurde, die Abgeordneten dieses Hauses, die dem Gesundheitsausschuß angehören, einfach zusammengerufen wurden, nicht etwa um dort zu beraten, ob die Anstalt stillgelegt oder eingeschränkt werden soll, oder ob diese Maßnahme zurückgenommen wird, sondern daß sie einfach zusammengerufen wurden, um dort zur Kenntnis zu nehmen, daß der Herr Landesrat Müllner einen Akt gesetzt habe und sie sich weiter mit dieser Frage nicht zu beschäftigen haben. Ich glaube, daß hier wieder eine Änderung Platz greifen müßte, in dem Sinne, daß auch der Herr Landesrat Müllner zur Kenntnis nimmt, daß die Entscheidung über politische Fragen ausschließlich den Abgeordneten dieses Hauses vorbehalten bleiben muß.

Hohes Haus! Es ist heute im Zusammenhang mit der beabsichtigten Aufnahme des Darlehens für die Anleihe auch die Frage „Niogas“ noch einmal erörtert worden. Ich darf vielleicht noch einmal namens meiner Fraktion feststellen, daß es bei uns über diese Frage keinerlei Mißverständnis geben kann. Wir sind der Meinung, daß eine Niogas, also eine Gasvertriebsgesellschaft im Lande Niederösterreich, eine überaus nützliche und notwendige Einrichtung ist. Eine Einrichtung, mit der wir selbstverständlich einverstanden sind. Ich möchte dazu noch einmal ausdrücklich sagen, daß wir auch der Meinung sind, daß, wenn es für notwendig befunden wird, das Kapital einer solchen Erdgasvertriebsgesellschaft zu erhöhen, wir einer solchen Kapitalerhöhung selbstverständlich zustimmen und auch zugestimmt haben. Wir haben aber eine andere Meinung darüber, ob es zweckmäßiger ist, wenn das Land Niederösterreich allein eine solche Gasvertriebsgesellschaft

inne hat, oder ob das Gas an die Verbraucher zweckmäßiger und billiger heranzubringen wäre, wenn dies im Zusammenwirken mit dem Bund und dem Lande Wien geschehe. Das haben wir bereits mit einem Antrag zum Ausdruck gebracht. Ich möchte noch einmal betonen, daß der Erdgasvertrieb und die Frage der Konzession, die der Herr Landesrat Müllner vom Handelsminister erhalten hat, zwei voneinander völlig getrennte Begriffe sind. Wir haben uns im Lande Niederösterreich, bzw. im niederösterreichischen Landtag bisher nur mit der Frage der Niogas-Vertriebsgesellschaft zu befassen gehabt. Wie die andere Frage einmal entschieden wird, steht im Augenblick nicht zur Diskussion, daß wir aber damit recht haben, daß die Niogas-Vertriebsgesellschaft zweckmäßiger und ökonomischer im Zusammenwirken mit anderen großen Partnern funktionieren könnte, darüber glaube ich, kann es keine Meinungsverschiedenheiten geben. Wenn man bedenkt, daß zwei Gasleitungen neben einander in Niederösterreich natürlich die doppelte Summe kosten als nur eine Leitung, dann kann es darüber überhaupt keine verschiedenen Meinungen geben. Ich bin der Ansicht, daß zu dieser Frage zweifellos noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Die Niogas-Vertriebsgesellschaft — und nichts anderes ist bei der damaligen Landtagssitzung zur Diskussion gestanden — ist eine Angelegenheit, zu der wir selbstverständlich ja sagen und dieses Ja haben wir auch durch unsere Zustimmung eindeutig zum Ausdruck gebracht.

Nun komme ich zu der zweiten Frage, die im Zusammenhang mit einer Landesanleihe zweifellos ebenso wichtig ist, und das ist die Frage „Speising“. Von Seiten der kommunistischen Fraktion ist die Meinung ausgedrückt worden, daß sie ihren Antrag zurücknehmen würde, wenn wir bereit wären, einen gleichen Antrag zu stellen. Ich darf dem Hohen Hause in Erinnerung bringen, daß wir als sozialistische Fraktion in der Sache Speising bereits einen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, der folgendermaßen gelautet hat (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird beauftragt, ihren Beschluß vom 17. Jänner 1956, wonach ab 1. Februar 1956 in der Tuberkuloseabteilung sowie in der geburtshilflichen und gynäkologischen Abteilung des Landeskrankenhauses Speising keine neuen Aufnahmen von Patienten mehr durchgeführt werden dürfen, zu beheben und alle verwaltungsmäßig erforderlichen Maßnahmen zur weiteren Aufnahme von Patienten zu treffen.

2. Die Landesregierung wird beauftragt, alle Maßnahmen finanzieller Natur zu ergreifen, um die uneingeschränkte Fortführung des Krankenanstaltenbetriebes in Speising sicherzustellen.“

Ich glaube, daß wir damit eindeutig genug zum Ausdruck gebracht haben, daß wir an der Aufrechterhaltung der Krankenanstalt Speising in der bisher vorbildlichen Form brennend interessiert sind, und zwar nicht nur im Interesse der niederösterreichischen Bevölkerung, sondern vor allem auch im Interesse der Kranken, die in dieser Anstalt Heilung und Hilfe suchen.

Um die Frage Speising ranken sich eine ganze Reihe von Gerüchten und falschen Zeitungsdarstellungen. Ich darf hier zum Beispiel darauf verweisen, daß sich in einer Zeitung ein Schreiber sogar zu der Behauptung verstiegen hat, wir als sozialistische Fraktion hätten die Speisinger Kranken zum Streik gehetzt. Ich muß ausdrücklich feststellen, Hohes Haus, daß wir das Gegenteil getan haben. Es haben uns zwar die Kranken ebenso wie das gekündigte Personal gebeten, an einer Versammlung in Speising teilzunehmen. Wir haben aber sowohl dem Personal als auch den Kranken selbst dringendst geraten, von der Durchführung oder Weiterführung eines Streiks unter allen Umständen abzusehen. Wir haben ihnen ausdrücklich gesagt, daß unserer Meinung nach der Kampf um die Aufrechterhaltung dieses Krankenhauses nicht Sache der Patienten sein kann, und wir empfehlen den Kranken unter allen Umständen keine andere Aufgabe vor sich zu sehen, als an ihrer Genesung mitzuwirken.

Nun möchte ich noch sagen, daß der Antrag, den wir in der Sache Speising gestellt haben, doch eindeutig feststellt, daß wir an der Aufrechterhaltung dieses Krankenhauses mit interessiert sind. Unser Antrag steht im zuständigen Ausschuss zur Behandlung, und die Verhandlungen werden zweifellos dann so geführt werden, daß von uns die obwaltenden Umstände sorgfältig abgewogen und die entsprechenden Beschlüsse gefaßt werden. Wenn die Anleihe dem Lande zur Verfügung stehen wird, behalten wir uns bei der Beratung des Nachtragsbudgets selbstverständlich vor, stärkstens darauf einzuwirken, daß auch die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden, um nicht nur unserem Wunsch in der Angelegenheit Speising, sondern auch überhaupt dem Wunsch der niederösterreichischen Bevölkerung in dieser Frage zu entsprechen. Das habe ich für notwendig gehalten, zu dieser Frage noch zu sagen.

Abschließend stelle ich fest, daß wir dem vorliegenden Antrag zustimmen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß mit dieser Anleihe ein großer Teil der dringlichsten Bedürfnisse des Landes gedeckt werden kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. L a u s c h e r.

ABG. LAUSCHER: Hoher Landtag! Wenn man die Rede des Herrn Abg. Wondrak und die des Herrn Abg. Wenger gehört hat, muß man

wirklich sagen, die Kollegen der sozialistischen Fraktion stellen sich zu den ganzen Geschehnissen, die in der Vergangenheit der niederösterreichischen Bevölkerung aufgebürdet wurden, mehr oder weniger unschuldig. Man stellt die Sache so hin, wie es zum Beispiel der Herr Abg. Wondrak getan hat, daß an den Geschehnissen in der Vergangenheit mehr oder weniger niemand schuld ist. Früher hat man die russische Besatzungsmacht dafür verantwortlich gemacht und jetzt sagt man, wenn die Russen nicht neun Jahre hier gewesen wären, dann hätten wir heute eine ganz andere Situation. Es gäbe keine Benachteiligung bei den Straßen, keine Benachteiligung bei den Krankenhäusern, keine Benachteiligung beim Wohnungsbau usw. Alles sei darauf zurückzuführen, daß die bösen Russen hier in Niederösterreich waren. Aber, Herr Abg. Wondrak, wer hat die Schuld daran, daß die Russen so lange hier geblieben sind? (*Heiterkeit bei der SPÖ. und ÖVP.*) Sie lachen darüber! Erlauben Sie mir, hier folgendes zu erklären: Noch vor eineinhalb Jahren hat (*zu den Sozialisten gewendet*) Ihr Organ, die „Arbeiter-Zeitung“, zur Frage „Neutralität“ einen Leitartikel vom Stapel gelassen. Auch der Herr Vizekanzler Schärf hat sich darüber scharf ausgedrückt und auch der Herr Bundeskanzler Raab hat zur Frage der „Neutralität“ gesprochen. Man soll also jetzt die Sache nicht so darstellen, als wenn die Russen allein die Schuld tragen würden. Sie selbst waren gegen die Neutralität und erst später mußten Sie sich dazu bekennen, daß Österreich in die Neutralität eingetreten ist. Es ist überhaupt interessant, die Geschichte der Vergangenheit zu verfolgen. Im Altertum waren die Christen schuld, im Mittelalter die Ketzer, beim Hitler die Juden. Und wer ist heute schuld? Die Russen und die Kommunisten! Sie machen sich das sehr einfach, Herr Abg. Wondrak.

Sie haben weiters über das Erdöl gesprochen. Warum verschweigen Sie die Tatsache, daß die österreichische Regierung schon im Jahre 1949 zugesichert hat, daß der Anteil des amerikanisch-englischen Kapitals erhalten bleibt! Wissen Sie vielleicht nicht, daß unmittelbar vor Abschluß des Staatsvertrages ein Erpressungsmanöver der Amerikaner durchgeführt wurde, um das Wiener Memorandum zu erreichen? Auch das wissen Sie!

Wenn der „Österreichische Volkswirt“ einen großen Artikel über das Erdöl schreibt, dann druckt die „Arbeiter-Zeitung“ alles ab, was ihr genehm ist. Vom Wiener Memorandum hat sie aber nichts abgedruckt. Sie hat auch nichts davon geschrieben, daß man Österreichs Erdöl um ein Butterbrot verkaufen will, daß 80 Prozent des österreichischen Erdöls an das westliche Erdölkapital ausgeliefert werden sollen und daß sogar Betriebsdurchführungsverträge im Wiener Memorandum enthalten sind, nach welchen die Ameri-

kaner hier bleiben können, während bekanntlich die Russen Österreich verlassen haben. Darüber schweigen Sie sich aus!

Auch die ganze Niogas-Geschichte ist eine Komödie der beiden Regierungsparteien! Man schreit „Niogas“ hin und her, um zu vertuschen, daß nach dem Wiener Memorandum 80 Prozent des niederösterreichischen Erdöls an das westliche Erdölkapital ausgeliefert werden sollen.

Haben Sie, Herr Abg. Wondrak, den Artikel von Hindels in der Gewerkschaftszeitung „Der Privatangestellte“ gelesen, in dem einer Ihrer Parteigenossen unter der Überschrift „Blut und Schmutz“ schreibt (*liest*): „Blut und Schmutz sind die Merkmale des internationalen Ölkapitals. Der schauerlichste Gangsterfilm wirkt wie eine harmlose Unterhaltung, verglichen mit dem Wüten dieser Monopole. Erpressungen, Intrigen, Korruptionsaffären, Morde — das sind die blutig-schmutzigen Spuren, die das Ungeheuer Ölkapital überall dort hinterläßt, wo man es ihm gestattet hat, sich die Quellen dieses kostbaren Rohstoffes anzueignen.“ Und Sie haben es durch das Wiener Memorandum gestattet, daß diese korrupten Gangster in Österreich daran Anteil haben. Aber das sagen Sie nicht, Herr Abg. Wondrak!

Speising ist auch sehr interessant. „Wir haben wohl“ — sagten Sie — „für die Kürzungen des Budgets gestimmt, wir sind aber unschuldig an der Angelegenheit Speising.“ Diese Angelegenheit ist aber die Folge der Kürzungen des Budgets! Das wissen Sie ganz genau. Da machen Sie noch einen Dreh und sagen: Wir machen ein Nachtragsbudget.

Und was ist mit Starhemberg? Sie sagen: „Jetzt im Moment kann man gegen Starhemberg nichts machen, aber wart's nur, bis nach den Wahlen . . .!“ Das ist Ihre nur halb durchsichtige Politik, die Sie durchführen.

Warum schützen Sie, meine Herren von der Volkspartei, heute nicht unser Erdöl? Sie haben ja früher immer geschrieben: „Das Erdöl, das Blut Österreichs“. Warum erlauben Sie es, daß zum Beispiel in Himberg, in einem kleinen Ort, wo bereits eine Tankstelle der OROP. ist, noch zwei weitere ausländische Tankstellen dazukommen? Warum erlauben Sie es, daß jetzt schon das ausländische Kapital Einfluß hat?

Wir sehen, daß Ihre Worte „für Österreich!“ und „für das österreichische Volk!“ nicht ernst zu nehmen sind, sonst würden Sie schon jetzt in dieser Frage eine andere Politik machen. Wir haben grundsätzlich erklärt, daß wir der Meinung sind, daß das Erdöl dem österreichischen Volk gehören soll, und zwar in Form der Verstaatlichung. Wir haben gesagt: Von der Förderung bis zum Absatz des Erdöls an den Konsumenten soll alles in den Händen des österreichischen Volkes sein, aber nicht in der Form der Niogas.

Ich glaube, Herr Müllner kann es nicht bestreiten, daß seine Gasgesellschaft, wenn sie mit ihrem Kapital nicht auskommen kann, ausländisches Kapital heranziehen wird. Und da kommen wir wieder zu derselben Frage. Man hat jahrelang gesagt, wir, die Kommunisten, seien Hochverräter, und zwar deshalb, weil wir den Standpunkt vertreten haben, wenn die Russen das Erdöl abgeben, wird man einen bedeutenden Teil dem Auslandskapital zuschieben. Nun, die Geschichte ist immer der wahrste Zeuge. Heute haben wir schon die Tatsache, daß unsere Erdölwirtschaft zerrissen ist. Man will nicht haben, daß die Förderung mit dem Verkauf gemeinsam geführt wird. Mein Freund Dubovsky hat gesagt: Niederösterreich soll einen Anteil am Erdöl erhalten. Selbstverständlich! Niederösterreich soll seinen Anteil erhalten, weil bekanntlich Niederösterreich am meisten benachteiligt wurde.

Bei der Russenanleihe hat man wieder so eine unschuldige Formulierung. Der Abg. Wenger hat erklärt: „Man hört so viel über diese Anleihe, einmal das, dann wieder das. Wir brauchen daher Aufklärung.“ Aber Tatsache ist, daß Sie ganz stur gegen die russische Anleihe auftreten. Wenn Sie Aufklärung wollen, so verhandeln Sie doch mit der Sowjetunion über die Bedingungen! Aber Sie wollen ja gar nicht verhandeln! Sie haben gesagt: „Gar keine Spur, daß wir dagegen sind, wir wollen nur wissen: sind es 400, 500 oder 800 Millionen?“ Wieder die gleichen Verdrehungen! Sie haben eben mit einem gewissen Druck Ihrer Parteikreise zu rechnen, weil Sie ganz genau wissen, daß zum Beispiel der Bürgermeister von Amstetten Interesse für diese Anleihe hat. (*Widerspruch bei den Sozialisten.*) Jawohl, er hat ein Interesse daran, weil er Interesse am Wohnungsbau hat, und weil er Bürgermeister ist. Man hat auch davon gesprochen, daß auch der Bürgermeister von Prottes, der ein Bürgermeister Ihrer Parteirichtung ist, ein Interesse daran hat. Und weil Sie das wissen, müssen Sie die Erklärung abgeben, daß Sie nicht wissen, wie es um die Russenanleihe steht, wie hoch die Anleihe ist und so weiter.

Sie haben auch über die Niogas gesprochen. Ich möchte dazu sagen, daß die sozialistische Fraktion bei Behandlung der Niogas voll für den Plan des Landesrates Müllner gestimmt hat. Das ist die entscheidende Frage, daß Sie für den Plan Müllner, den Sie in Ihren Zeitungen so stark bekämpft, zerrissen und zerfetzt haben, im Landtag gestimmt haben. Jetzt kommen Sie wieder mit der Phrase: „Wir sind nicht für den Plan Müllner, sondern wir sind für etwas anderes, wir wollen, daß der Staat und Niederösterreich an der Niogas beteiligt sind usw.“ Aber warum haben Sie für den Plan des Landesrates Müllner gestimmt? Damit beweisen Sie, daß Ihre Meinung nicht ernst zu nehmen ist! (*Zwischenrufe bei den*

*Sozialisten.*) Bekanntlich sind Sie so klug, zu wissen, daß Müllner nicht nur den Gasvertrieb will, sondern daß er auch die Schurfrechte beansprucht und daß er verbieten will, daß die österreichische Mineralölgesellschaft bohrt. Oder wissen Sie das auch nicht? (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.* — *Lesen Sie die Rede des Abg. Fuchs!*) Es ist sehr interessant, jetzt kommen doch die Wahlen, und da machen Sie wieder eine Art Opposition!

Aber grundsätzlich möchte ich abschließend folgendes erklären: Es ist ganz klar, daß in der Erdölfrage einzig und allein unsere Partei, die Kommunistische Partei, den österreichischen Standpunkt vertritt, nämlich den Standpunkt: weder privates österreichisches Kapital noch ausländisches Kapital! Wir sind der Meinung, das Erdöl soll dem österreichischen Volk gehören, soll verstaatlicht sein und nicht von privaten oder ausländischen Interessenten mißbraucht werden!

Meine Fraktion hat auch grundsätzlich den Standpunkt vertreten, das Kürzungsbudget abzulehnen. Wenn man für ein Budget stimmt, muß man auch für die Kürzungen stimmen und nicht Demagogie und Opposition machen! Am Fall von Speising sind Sie (*zu den Sozialisten gewendet*) gerade so mitschuldig wie Landesrat Müllner, weil Sie für die Kürzungen im Budget gestimmt haben. Wer für Kürzungen stimmt, muß auch die Auswirkungen diesbezüglich in Kauf nehmen. Wer für A ist, der muß auch für B sein!

Abschließend möchte ich sagen, wir werden für alles, wie mein Freund Dubovsky gesagt hat, was irgendwie die Lage Niederösterreichs erleichtert, stimmen, daher auch für diesen Kredit. Aber noch immer bleibt die Russenanleihe offen, die die günstigsten Bedingungen hat. Ich hoffe und glaube, daß wir einmal dazukommen werden, in Niederösterreich zehntausende Wohnungen zu bauen und die Straßenverhältnisse zu verbessern.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt der Herr Landesrat Müllner.

LANDESRAT MÜLLNER: Hohes Haus! Ich möchte vor allem anderen den Appell des Herrn Abg. Wenger unterstreichen, worin er gesagt hat, die entscheidenden Fragen sollen dem Hohen Hause, dem Landtag vorbehalten bleiben. Ich unterstreiche dies und ich glaube, daß nur der Hohe Landtag diese Entscheidungen zu fällen hat. Er hat aber nicht nur die Entscheidungen zu fällen, sondern er hat auch die Verantwortung dafür zu tragen. Es ist selbstverständlich schwer, immer die Verantwortung zu tragen, denn mit der Verantwortung kommen nicht nur die angenehmen, sondern auch die unangenehmen Sachen. Es ist selbstverständlich, daß es eine reine Oppositionspartei, wie es die Kommunistische Partei ist, leichter hat,

denn sie kann immer wieder darauf hinweisen, daß sie für nichts oder immer dagegen gestimmt hat. (*Abg. Lauscher: Wir stimmen sogar für die Anleihe!*) Meine sehr geehrten Herren, ich verstehe das, ich mache Ihnen keinen Vorwurf, das ist das Recht der Opposition! Nur müssen Sie uns das Recht zuerkennen, daß wir nicht nur reden dürfen, sondern daß wir unsere Worte auch in die Tat umsetzen können, und für unsere Taten sind wir vollkommen verantwortlich, sowohl für die nicht angenehmen als auch für die erfolgreichen. Und daß das Land Niederösterreich Erfolge aufzuweisen hat, das, glaube ich, wird niemand, der irgendwie objektiv zu denken in der Lage ist, bestreiten.

Ich möchte nun insbesondere auf den Passus zu sprechen kommen, den der Herr Präsident Wondrak hier erwähnt hat, nämlich daß die Kreditwürdigkeit des Landes dadurch gefährdet werden könnte oder nicht vorhanden ist, wenn in diesem Lande derzeit eine politische Auseinandersetzung von statten geht. Wir haben uns besprochen und festgelegt, bei dieser Anleihe keine große politische Debatte abzuführen. Ich habe meine Parteikollegen ersucht, von Debattereden abzusehen. Wir haben einige Vorwürfe zu hören bekommen und weil wir diese sonst nicht widerlegen könnten, gestatten Sie mir, daß ich zum zweiten Male das Wort ergreife, um hier auf einige Fragen zurückzukommen. Ich möchte aber nochmals betonen, daß wir der Meinung sind, daß die Frage einer Anleihe dadurch nicht gefördert wird, wenn politische Tagesfragen die Anleiheverhandlungen in irgendein Licht bringen könnten. Ich sage Ihnen daher nochmals, wir haben nicht die Absicht, über verschiedene politische Schwierigkeiten zu sprechen. Ich habe auch gar nicht die Absicht, irgendwie eine sensationelle Erklärung über die Niogas abzugeben, wobei ich insbesondere gegenüber den Kommunisten feststellen möchte, daß die Sozialisten nie für Müllner gestimmt haben oder für Müllner-Niogas. Denn wenn vielleicht auch nur einmal mein Name gefallen wäre, hätten sie sicherlich dagegen gestimmt. In dem Prinzip des Aufbaues einer Wirtschaftsfrage liegt ja die große Gefahr und damit die große Verantwortung. Sehen Sie, die Fragen, die hier zur Debatte stehen, werden nicht in diesem Landtag entschieden, obwohl der Landtag das höchste Forum unserer Landesverwaltung darstellt, und darum tun sich die betreffenden Parteien und auch die Sozialistische Partei schwer, irgendeine Stellungnahme zu beziehen, weil es manchmal auch für einen Abgeordneten des nö. Landtages — ganz gleichgültig bei welcher Partei er sitzt — schwierig ist, sich in der Ebene durchzusetzen, auf der solche Fragen entschieden werden. Und daher glaube ich, daß eine niederösterreichische Angelegenheit, wie sie die Landesleihe 1956 ist, nicht mit Fragen verquickt werden kann, die letztenendes weder in

unserer Landesverwaltung noch im Landtag, sondern auf anderer Ebene entschieden werden. Sie dürfen mir daher glauben, daß ich selbstverständlich weiß, daß eine sachliche Stellungnahme zu den einzelnen Fragen uns manchmal sehr stark gegeneinander führt. Doch bei der Beratung über eine Landesleihe werden Sie vielleicht auch mit uns den Standpunkt beziehen, daß wir hier nur Landesinteressen zu vertreten haben. Und diese Landesinteressen laufen dort hinaus, daß eine Anleihe nur dann gesichert ist und nur dann unterstützt werden kann, wenn wir beweisen, daß die höchste Stelle des Landes, nämlich der Landtag von Niederösterreich —, ganz gleichgültig ob jetzt der eine meint, es wäre am besten, wenn diesem Lande ein großer Anteil oder der gesamte Anteil an seinen Bodenschätzen gehört, oder der andere meint, wenn das Land einen Vorzugsanteil erhält — immer dann einig ist, wenn es um das Wohl des Landes geht. (*Bravo-Rufe und Beifall bei der ÖVP.*) Und für das Wohl unseres Landes und unserer Bevölkerung wollen wir eintreten! Die Herren von der Sozialistischen Partei tun sich manchmal schwer, weil es nicht leicht ist, sich bei Stellen durchzusetzen, wo die Angelegenheiten entschieden werden. Dasselbe kann auch für uns gelten. Darum werden sich die Verhältnisse in Niederösterreich, die in den Zeitungen so und so beschrieben sind, immer wieder schwierig gestalten, weil die tatsächlichen Entscheidungen nicht im Lande, sondern bei anderen Stellen fallen. Ich glaube aber doch, daß es zum Wohle des Landes ist, wenn wir einige Erfolge aufzeigen können, und so ein Erfolg ist sicherlich auch die Tatsache, daß das Land Niederösterreich im Jahre 1956 als erstes Land in der Lage ist, eine Landesleihe von 100 Millionen Schilling aufzulegen, die zu zusätzlichen Investitionen verwendet werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ABG. SCHERRER (*Schlußwort*): Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte über den Antrag des Finanzausschusses abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich bitte, den Antrag des Finanzausschusses nochmals zur Verlesung zu bringen. Nachher erfolgt die Abstimmung darüber und die Abstimmung über den Resolutionsantrag.

Berichterstatter ABG. SCHERRER (*liest*): Antrag des Finanzausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend: Nö. Landesleihe 1956.



„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die nö. Landesregierung wird ermächtigt, eine Anleihe gegen Ausgabe von Teilschuldverschreibungen im Betrage von 100 Millionen Schilling für Investitionszwecke zu den im vorliegenden Berichte angeführten Bedingungen aufzunehmen.

2. Die nö. Landesregierung wird aufgefordert, zur Durchführung dieses Beschlusses alles Erforderliche zu veranlassen.

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, ehestens eine Vorlage, betreffend zusätzlicher Investitionen im Jahre 1956 dem Landtag zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß dem Lande Niederösterreich zur teilweisen Wiedergutmachung der dem Lande durch die Besetzung zugefügten Schäden eine aus-

reichende Bundeshilfe zuteil wird. Darüber hinaus wolle erreicht werden, daß zur Förderung der niederösterreichischen Industrie- und Gewerbebetriebe eine erhöhte Zuteilung von ERP-Krediten erfolgt.“

PRÄSIDENT SASSMANN (*nach Abstimmung*): A n g e n o m m e n .

(*Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Dubovsky, betreffend die uneingeschränkte Weiterführung des Landeskrankenhauses Speising*): A b g e l e h n t .

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(*Schluß der Sitzung um 15 Uhr 58 Min.*)